

International



Wird die Rente reichen? Neue Einfamilienhäuser am Rand der ostdeutschen Stadt Zwickau. Foto: Sven Döring (Agentur Focus)

«Das Schrumpfen der Mittelschicht destabilisiert die Demokratie»

Der deutsche Soziologe Steffen Mau hat die Auswirkungen der Eurokrise auf den Mittelstand untersucht. Immer mehr einst gesicherte Mittelständler rutschen ab. Das führe zu einer grossen Verunsicherung.

Mit Steffen Mau sprach David Nauer in Berlin

Herr Mau, Sie warnen in Ihrem neuen Buch* vor dem drohenden Niedergang der Mittelschicht. Lässt sich diese Sorge mit Zahlen belegen? Es gibt einen klaren Trend zur Schrumpfung der Mittelschicht. In Deutschland zum Beispiel gehörten noch Ende der Neunzigerjahre 64 Prozent der Bevölkerung zur Mittelklasse. Das sind gemäss typischer Definition Leute, die zwischen 70 und 150 Prozent eines mittleren Einkommens verdienen. Inzwischen ist die deutsche Mittelschicht um 4,5 Millionen Menschen geschrumpft. Sie umfasst nicht einmal mehr 60 Prozent der Bevölkerung. Die meisten davon sind nach unten abgerutscht, deutlich weniger aufgestiegen. Die Entwicklung ist in den meisten OECD-Ländern ähnlich.

Eine Abnahme der Mittelschicht um wenige Prozent: Das klingt nicht dramatisch.

Das Problem ist, dass parallel Arbeitsmärkte flexibilisiert und der Sozialstaat restrukturiert worden ist, was die Komfortzone der Mittelschicht ungemütlicher werden lässt. Hinzu kommt, dass die Einkommensungleichheit deutlich gestiegen ist und dieser Anstieg weiter anhält. Ende der Achtzigerjahre hat ein Spitzenmanager eines DAX-Konzerns im Durchschnitt 14-mal mehr verdient als ein durchschnittlicher Angestellter seines Unternehmens, jetzt ist das Verhältnis 50:1. Das heisst: Die Oberschicht hat profitiert, die Mitte ist stehen geblieben oder sogar zurückgefallen. Das führt zu einer generellen Verunsicherung.

Was sind die Folgen für die Gesellschaft, wenn die Mitte schrumpft?

Wir wissen aus Vergleichen, dass Demokratien immer dann besonders stabil sind, wenn es eine grosse Mittelschicht gibt. Zahlenmässig grosse Mittelschichten sind auch positiv für den Binnenkonsum und die Nachfrage nach Bildung. Wachsende Ungleichheit dagegen kann zu einem ökonomischen Problem werden. Sie führt häufig dazu, dass die zurückfallende Mittelschicht über den eigenen Möglichkeiten konsumiert - sich dabei aber zunehmend verschuldet. Das Phänomen liess sich in den USA beobachten und hat 2008 die Finanzkrise mit ausgelöst. Zudem bilden sich mit zunehmender Ungleichheit dynastische Strukturen heraus, weil die soziale Durchlässigkeit abnimmt. Es entsteht eine Art Ständegesellschaft, wo soziale Positionen vererbt werden. Das bedeutet, dass die Motivation derer, die unten sind,

schwindet. Sie sehen ohnehin keine Chance, aufzusteigen, und strengen sich deswegen nicht mehr an. Der Gesellschaft gehen viele talentierte, kreative, energiegelbe Menschen verloren.

So weit ist Deutschland noch nicht. Im Vergleich zu vielen Südeuropäern geht es den Deutschen gut.

Es sind eher langfristige Verlustängste, welche die Deutschen derzeit plagen, und weniger kurzfristige, wie wir sie in Italien, Spanien oder Griechenland beobachten können. Wenn Sie heute einen deutschen Mittelschichtler fragen, was ihn am meisten drückt, ist es nicht, ob er nächste Woche seine Miete bezahlen kann, sondern es ist die Frage, wie es seinen Kindern gehen wird, ob er eine ausreichende Rente erhalten wird, um den Lebensstandard im Alter zu sichern.



Steffen Mau wurde 1968 in Rostock geboren. Er lehrt politische Soziologie an der Universität Bremen.

Der Glaube an die Zukunft ging verloren?

Absolut. Wir haben nach dem Zweiten Weltkrieg eine sehr lange Phase der kollektiven Aufwärtsbewegung gehabt. In der Soziologie spricht man von einem Fahrstuhleffekt. Die Abstände zwischen den Gruppen blieben gleich, aber alle fuhren mehrere Etagen nach oben. Mittelschichtskinder dagegen, die heute aufwachsen, können nicht mehr mit Gewissheit sagen, dass es ihnen besser gehen wird als ihren Eltern, und sie müssen sich ganz schön anstrengen, um überhaupt die Position zu halten.

Wobei der schärfere gesellschaftliche Wettbewerb nicht vom Himmel gefallen ist. Breite Teile der Mittelschicht haben in den vergangenen Jahrzehnten Steuersenkungen, Sozialabbau und Deregulierungen mitgetragen.

Ja, weil sie den Verlockungen des Marktes erlegen sind. Wenn ich mich zehn Jahre zurückerinnere, als der neue Markt boomte, wollten plötzlich alle Aktienbesitzer sein, private Rentenversicherungen versprochen super Renditen, die Leute begannen, mit Immobilien zu spekulieren. Viele glaubten, es brauche den Staat nicht mehr.

Aber eben: Profitiert haben vor allem die ganz Reichen.

Das hat man von Anfang an ahnen können. Aber man glaubte gemäss der neoliberalen Interpretation, dass, wenn die Wohlhabenden erst gewinnen, der Reichtum irgendwann nach unten durchsickern wird. Deswegen hat man zuerst willig mehr Ungleichheit zugelassen. Jetzt zeigt sich: Die Rechnung ist nicht aufgegangen.

Wurde die Mittelschicht betrogen, oder hat sie sich selber betrogen, als sie beim neoliberalen Projekt mitmachte?

Die Sache war und ist ambivalent. Die Mittelschicht ist bis heute meist ange stellt, lohnabhängig, sie bräuchte eigentlich staatlichen Schutz; andererseits ist sie aber auch Eigentümer, Kleinanleger, potenzieller Erbe. Dazu kommt, dass der Staat als handlungsfähiger Akteur immer weniger Spielraum hat. Er wurde jahrelang geschwächt, und jetzt, im Moment der Krise, wo man ihn bräuchte, steht er nicht, oder nicht in ausreichendem Masse, zur Verfügung. Viele europäische Staaten sind angesichts der Verschuldung nicht in der Lage, die Ressourcen und die Form der Regulierung anzubieten, die notwendig wäre, um die Mittelschicht langfristig abzusichern.

Was ist die Folge?

Ich glaube, dass uns diese Entwicklung ein grösseres Demokratieproblem bringen kann. In den hoch verschuldeten südeuropäischen Ländern regiert längst nicht mehr das Volk allein. Die Troika, Ratingagenturen, die EZB, grosse Anleger - die sagen diesen Staaten, wie sie ihren Arbeitsmarkt zu restrukturieren haben, wie hoch das Renteneintrittsalter sein soll, wie die Sozialhilfe bemessen werden soll, wie die Krankenversicherung zu funktionieren hat. Das heisst, die Politik wird nicht mehr, wie es eigentlich sein sollte, durch einen Willensbildungsprozess innerhalb der Wählerschaft bestimmt, sondern extern, vor allem über ökonomische Imperative. Wobei zum Teil dieselben Finanzmarktakteure am Drücker sind, die mit dem Geld der Mittelschicht operieren. Das heisst, hier entmachtet die Mittelschicht sich zum Teil selbst, indem sie als Anleger andere Interessen hat wie als Bürger eines Staates.

Ist die deutsche Unlust, den europäischen Krisenstaaten zu helfen, eine Folge dieser Entwicklung, dieser Verunsicherung und Entmachtung der Mittelschicht?

Natürlich ist Solidarität immer daran ge-

bunden, wie es einem selber geht. Wenn Menschen verunsichert sind, sind sie nicht mehr so tolerant, weniger solidaritätsbereit, auch weniger liberal. Dazu passt, dass man jetzt Nehmerländern wie Griechenland genaue Vorschriften macht, wie sie sich zu verhalten haben. Dabei schätzt man die Wandlungsfähigkeit von Gesellschaften völlig falsch ein. Eine Gesellschaft kann sich nicht einfach über Nacht neu erfinden.

Tatsächlich wächst die Ungeduld mit Griechenland, gerade in Deutschland.

Wir stehen an einem Scheideweg: Entweder Deutschland lässt sich auf eine langfristige Hilfestellung ein, oder wir «verinseln» uns und tun, als ob uns das alles nichts angehe. Der Skepsis gegenüber einem Kompetenztransfer nach Europa muss man aber immer entgegenhalten, wie die Alternative aussieht: demokratisch ausgehöhlt Staaten, unter Druck von Finanzmärkten, in gnadenloser Konkurrenz mit anderen Weltregionen. Möglicherweise ist da eine stärker auf Kooperation ausgerichtete Europäisierung die bessere Alternative.

Was kann der Staat tun, um den Handlungsspielraum zurückzubekommen?

Viele europäische Staaten beginnen auf Druck der Finanzmärkte, bei Arbeitslosen, Kranken und Alten massiv zu kürzen. Das ist eine Art sich zu entschulden, die freilich wieder die Mittelschicht trifft. Die Proteste dagegen haben auch damit zu tun, dass einfache Bürger belastet werden, die Profiteure der ökonomischen Entwicklung dagegen nicht. Die andere Art wäre, sich über die Finanzierung des Staates Gedanken zu machen. Gerade bei privaten Vermögen, grossen Erbschaften und den hohen Einkommen gäbe es viel zu holen, auch in den europäischen Krisenländern. In Deutschland gibt es Privatvermögen in der Höhe von 8 Billionen Euro; die staatliche Verschuldung liegt bei 2 Billionen. Dieser private Reichtum ist extrem ungleich verteilt. 10 Prozent der Vermögenden besitzen 60 Prozent des Gesamtvermögens. Und die Schere wird weiter aufgehen - vor allem wegen Erbschaften. Schon eine leichte Verschiebung der steuerlichen Lasten, ich rede hier nicht von massiver Umverteilung, würde hier wesentliche Abhilfe schaffen können.

*Steffen Mau: *Lebenschancen, Wohin driftet die Mittelschicht?*, Berlin 2012, ca. 28 Franken.

Atomkraftgegner gründen Japans erste grüne Partei

Das grosse Vorbild sind die deutschen Grünen. Schon nächstes Jahr will die Partei ins Parlament einziehen.

Von Christoph Neidhart, Tokio

Auch Japan hat jetzt eine grüne Partei. Sie setzt sich für den sofortigen Ausstieg aus der Atomkraft ein. Der Einwand ei ner Realo-Gruppe, das sei politisch nicht durchsetzbar, wurde beim Gründungspar teitag der Grünen am vergangenen Samstag in Tokio überstimmt. «Im politischen Alltag kann man allenfalls flexibel sein», sagte Masaya Koriyama, einer der Organisatoren. Als Ziel sei allein die Radikalforderung akzeptabel. Jeden Freitag protestieren zurzeit Tausende von Japanern vor dem Sitz des Premierministers gegen die Kernkraft. Trotz brennender Hitze marschierten auch an diesem Sonntag wieder Zehntausende durch das Regierungsviertel Nagatacho; sie bildeten eine Menschenkette um das Parlament.

Derzeit versuchen alle möglichen Politiker, diese Leute für ihre Gruppierung zu gewinnen. Unter ihnen der ehemalige Ministerpräsident Yukio Hatoyama, der bisher nicht als Kernkraftkritiker aufgefallen ist; und Ichiro Ozawa, ein populistischer Machtpolitiker alter Schule, der jüngst aus der regierenden Demokratischen Partei ausgeschieden ist. «Dabei wären diese Demonstranten doch unsere Wähler», sagt Koriyama.

Ein Spiegel der Gesellschaft

Im Saal, in dem die grüne Partei gegründet wurde, hing eine grosse Sonne der AKW-Gegner mit deutschem Text: «Atomkraft? Nein danke.» Und eine kleinere mit dem japanischen «Sayonara Kernenergie». Die grüne deutsche Bundestagsabgeordnete Bärbel Höhn überbrachte eine Grussbotschaft der grossen Schwesterpartei, die mehrfach als Vorbild genannt wurde. In einer für japanische Verhältnisse äusserst lebhaften, aber dennoch disziplinierten Marathondebatte schafften es die Parteigründer, sich an einem einzigen Tag auf einen neuen Namen zu einigen, sich eine Satzung und ein Parteiprogramm zu geben sowie eine Führung von vier Repräsentanten und ein 34-köpfiges Parteikomitee zu wählen. «Das hätten wir deutschen Grünen nicht an einem Tag geschafft», sagte Bärbel Höhn am Abend; und erhielt dafür viel Applaus.

In der Parteileitung sitzen, auch das ein Novum für Japan, gleich viele Frauen wie Männer. Während sich bei Parteigründungen in Japan meist Politiker aus anderen Parteien neu formieren, haben sich hier Leute aus Bürgerbewegungen und Parteilose gefunden. Der 50-jährige Hitoshi Nakayama, einer der neu gewählten Parteiführer, ging nach dem Chuetsu-Erdbeben, bei dem Japan mit Glück einer Nuklearkatastrophe entging, in der Präfektur Niigata in die Kommunalpolitik.

Zwei junge, starke Frauen

Einige Anwesende trugen kurze Hosen, andere bunte, handbeschriftete Protest-T-Shirts, manche wilde Frisuren, viele hatten graue Haare. Zuweilen schien es, Japans 68er trafen sich nach Jahren wieder. Allerdings sind mit Ukiyo Hasegawa und Nao Suguro aus Tokio zwei junge, starke Frauen in die vierköpfige Parteileitung gewählt worden. Neben der Energiepolitik wurden auch Ziele für die Schul- und Familienpolitik ins Parteiprogramm aufgenommen. Jemand wollte bessere Radwege «wie in den Niederlanden und Deutschland». Zudem votierten Japans Grüne gegen die Transpazifische Partnerschaft, das geplante Freihandelsabkommen, mit dem Washington eine zu enge Anbindung Tokios an China blockieren will. Japans Grüne wollen den Menschen eine Vision einer anderen Zukunft geben. Das Altersprofil der Gründungsversammlung entspreche etwa jenem der aktiven Wähler, meinte Koriyama. Doch die Partei will künftig mehr junge Wähler ansprechen.

Die Grünen planen, bei den Oberhauswahlen im nächsten Jahr erstmals mit einer Liste anzutreten. Sollte Premierminister Yoshihiko Noda das Unterhaus dieses Jahr noch auflösen, werden sie nur in Tokio Kandidaten aufstellen. Die rechtliche Anerkennung als politische Partei fehlt noch.